

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XIX, No. 3–2003

DREI JAHRZEHNTE NEOLIBERALISMUS IN LATEINAMERIKA Bilanz und Perspektiven

Schwerpunktredaktion: Joachim Becker, Karin Fischer, Johannes Jäger

Mandelbaum Edition Südwind

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)
Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber:

Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen
Universitäten

Projekt Internationale Entwicklung / Zentrum für überfakultäre Forschung
der Universität Wien

Redaktion:

Gerald Faschingeder, Karin Fischer (verantwortl.), Margit Franz, Ingeborg Grau,
Irmi Hanak, Johannes Jäger, Franz Kolland, René Kuppe, Brita Neuhold, An-
dreas Novy, Herwig Palme, Christof Parnreiter, Petra Purkarthofer, Kunibert
Raffer, Andreas Schedler, Anselm Skuhra

Board of Editors:

Dieter Boris (Marburg), John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhals (Leip-
zig), Jacques Forster (Genève), John Friedmann (St. Kilda), Peter Jankowitsch
(Paris), Friedrich Katz (Chicago), Helmut Konrad (Graz), Ulrich Menzel
(Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur), Dieter Rothermund (Heidel-
berg), Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten (Boston), Osvaldo Sunkel
(Santiago de Chile)

Managing Editor: Karen Imhof

Inhaltsübersicht

4	Editorial
	JOACHIM BECKER, KARIN FISCHER, JOHANNES JÄGER
6	Drei Jahrzehnte Neoliberalismus in Lateinamerika <i>Bilanz und Perspektiven</i>
	HERBERT SCHUI
19	Was eigentlich ist Neoliberalismus
	KAREN IMHOF
35	Finanzkrisen und Neoliberalismus in Lateinamerika
	OLIVER SCHWANK
52	Staat, Markt und Demokratisierung im Entwicklungsprozess
	BERNHARD LEUBOLT
69	Demokratisierung als Alternative zum neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell <i>Das partizipative Budget im brasilianischen Bundesstaat Rio Grande do Sul</i>
	ANA SILVIA VILKER
87	Argentinien und Venezuela: Zwei unterschiedliche Wege in Zeiten des Neoliberalismus
100	Rezensionen
105	Autoren und Autorinnen
107	Informationen für Autoren und Autorinnen

HERBERT SCHUI

Was eigentlich ist Neoliberalismus?

Une civilisation qui s'avère incapable de résoudre les problèmes
que suscite son fonctionnement est une civilisation décadente.

Une civilisation qui choisit de fermer les yeux à ces problèmes
les plus cruciaux est une civilisation atteinte. Une civilisation qui
ruse avec ses principes est une civilisation moribonde.

AIMÉ CÉSAIRE

DISCOURS SUR LE COLONIALISME

1. Sozialstaat und Entwicklungsstaat beseitigen

Klassischer Kapitalismus lässt sich verstehen als eine gesellschaftliche Organisationsform zur Beschränkung des Massenkonsums mit dem Ziel, die Kapitalakkumulation zu maximieren. Dieser Kapitalismus ist solange »mit sich im Reinen«, wie die Armut der Arbeitenden und ihr Verzicht auf Konsum die Entwicklung der Produktivkraft vorantreiben. In der wirtschaftlichen Entwicklung lässt sich dies kennzeichnen als die Phase der Kapitalrestriktion, des Mangels an Realkapital. Wenn allerdings die Produktionsverhältnisse den Massenkonsum unverändert niedrig halten, die Produktivität der Arbeit aber mit der Akkumulation wächst, dann wird eine Entwicklungsstufe erreicht, in der die Differenz zwischen Vollbeschäftigungsoutput und Konsum von den Unternehmen nicht mehr vollständig in Form von Investitionen rentabel verwendet werden kann: »Wenn in der Realität die Verteilung des Einkommens zwischen Arbeitern und Kapitalisten und die Sparneigung der Kapitalisten solche Werte annehmen, dass dies eine Akkumulationsrate erforderlich macht, die dasjenige Wachstum des Kapitalbestandes übertrifft, das dem technischen Stand angemessen ist, dann ergibt sich ein chronischer Überschuss des möglichen Angebotes von Realkapital im Verhältnis zur Nachfrage.« (Robinson 1975: 71) Die Entwicklungsbarriere für das System ist nun Nachfragerestriktion (Kalecki 1993: 13 f.). Was liegt nun näher, als die fehlende Investitionsnachfrage durch Konsumnachfrage zu ersetzen, indem der Massenkonsum zu Lasten der Gewinne gesteigert wird? Bekanntlich baut alle Sozialstaatspolitik der reformerischen Sozialdemokratie auf dieser Forderung auf. Dies ist der wesentliche Gegner des Neoliberalismus. Sein Anliegen lässt sich am einfachsten entzählen, wenn man sich zunächst Klarheit über die theoretischen Grundlagen und die politischen Implikationen der Theorie der effektiven Nachfrage verschafft.

Keynes charakterisiert die Nachfragerestriktion bei der Kommentierung von Hobsons Unterkonsumtionstheorie damit, »dass ein verhältnismäßig schwacher Hang zum Verbrauch dadurch beiträgt, Arbeitslosigkeit zu verursachen, dass er die Begleitung durch eine ausgleichende Menge neuer Investitionen erfordert, aber nicht erhält« (Keynes 1955: 313). Lassen sich die Investitionen nicht hinreichend steigern, dann ist beim Hang zum Verbrauch anzusetzen. Dieser ist für Keynes bestimmt durch die Höhe des Volkseinkommens und dessen Verteilung: »Der Betrag, den das Gemeinwesen für den Verbrauch ausgibt, stützt sich offenbar (...) teilweise [auf] die Grundsätze, nach denen das Einkommen (...) verteilt wird.« (Keynes 1955: 78) Dass Keynes diesen Gesichtspunkt in der Diskussion, die auf die Allgemeine Theorie folgt, erneut betont, unterstreicht, wie bedeutend die Einkommensverteilung für ihn bei der Bestimmung der effektiven Nachfrage ist (Keynes 1973: 119). Keynes war nicht abgeneigt, Unterkonsumtion – neben der Schwäche der Investitionsausgaben – für Stagnation verantwortlich zu machen. So hält er der Wirtschaftstheorie von Mill und seinen Nachfolgern vor, dass sie »die Theorien des Unterverbrauchs« in den »Winterschlaf« versetzt hätten: »Ihre Methode war, das Problem vom corpus der Wirtschaftslehre abzuweisen, nicht indem sie es lösten, sondern indem sie es nicht erwähnten.« (Keynes 1955: 308)

Sicherlich ist damit noch nicht bewiesen, dass Keynes zu den Unterkonsumtionstheoretikern zu zählen ist. Für die hier gestellte Frage ist dies weniger wichtig. Denn unabhängig davon, was »Keynes wirklich meinte«, ist festzuhalten, dass er mit seinen Überlegungen der reformerischen Sozialdemokratie diejenige theoretische Ausrüstung lieferte, mit der sie ihre Forderung nach dem Sozialstaat begründet hat: Eine Verteilungspolitik zu Lasten des Gewinns steigert die effektive Nachfrage und den Output und schafft durch diesen zusätzlichen Output nicht nur mehr Beschäftigung, sondern allgemein die wirtschaftliche Basis für sozialstaatlichen Konsum. Doch nicht nur für die Sozialdemokratie war Unterkonsumtion ein Schlüsselbegriff: Das gemeinsame Programm der französischen Kommunisten und Sozialisten und schließlich die Linkskoalition Mauroy (1981-84) stützte sich ebenfalls nicht wenig auf unterkonsumtionstheoretische Einsichten. In der Tat lässt sich diese Theorie in Begriffen der Marx'schen Politischen Ökonomie fassen – auch wenn Engels im Anti-Dühring hiergegen große Bedenken anmeldet. Folgt man Marx, dann sind die Konsumausgaben beschränkt durch die »antagonistischen Distributionsverhältnisse« und, soweit es sich um den Kapitalistenkonsum handelt, durch deren »Akkumulationstrieb«, also durch die Produktionsverhältnisse. Weiter wird in Zweifel gezogen, dass die Produktivkraftentwicklung im entwickelten Kapitalismus einen Ausgleich der fehlenden Konsumgüternachfrage durch Investitionsgüternachfrage zulässt. Vielmehr ist der Konsum als Finaloutput durch technisch bestimmte Inputkoeffizienten mit dem (intermediären) Input In-

vestitionsgüter verknüpft. Diese Koeffizienten steigen nicht deswegen an, weil die Unterkonsumtion eine raschere Realkapitalbildung ermöglichen würde. Marx betont in diesem Zusammenhang die »Proportionalität der verschiedenen Industriezweige«. Überlegungen dieser Art legen es nahe, das mäßige Wachstum entwickelter Industrieländer mit einem nicht gelösten Widerspruch zwischen Produktivkraft und Produktionsverhältnis zu begründen. »Je mehr sich aber die Produktivkraft entwickelt«, so Marx, »um so mehr gerät sie in Widerstreit mit der engen Basis, worauf die Konsumtionsverhältnisse beruhen.« (Marx MEW 25: 254 f.) Sicherlich bedeutet eine solche Erklärung auch, dass der tendenzielle Fall der Profitrate nicht zwingend die Ursache für die Stagnation des entwickelten Kapitalismus ist. Dies muss all denjenigen zutiefst missfallen, die nur in der klassischen Revolution eine politische Lösung sehen wollen – und, wenn die Zeiten nicht danach sind, in Lohnsenkungen zur Restauration der Profitrate einwilligen.

Im Sinne der Theorie der Unterkonsumtion schafft sich der Sozialstaat also diejenige Produktion, die er zu seinem Funktionieren benötigt. Das Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung an einem besseren Lebensstandard kann allerdings nur mit einer partizipativen Massendemokratie verwirklicht werden. Darin besteht das Dilemma für den Kapitalismus: Die Bedingung für die Überwindung seiner Krise ist, dass die Demokratie als sein feindlicher Zwilling an Bedeutung dazu gewinnt. Sicherlich können autoritäre Regimes wie der deutsche Faschismus einige Facetten des Keynesianismus instrumentell nutzen, so besonders die Staatsverschuldung. Aber auf einen Sozialstaat, der sich auf mehr Produktion als Ergebnis einer Verteilungspolitik zu Lasten des Gewinns gründet, können sich diese Regimes nicht einlassen. Wenn demnach Demokratien auf Verteilungspolitik setzen, dann muss dies die Autonomie der Kapitalisten beschränken, ja den Kapitalismus selbst bedrohen. Zunächst geht es um die Eigentumsrechte an der Stromgröße Output, in der Folge dann auch an der Bestandgröße Produktionsmittel, was Nationalisierungen bedeutet. Dies lässt sich nicht mehr mit Keynesziten belegen, aber die Sozialdemokratie bleibt nicht bei Keynes stehen; sie nimmt ihre eigene Entwicklung. Wenn Verteilungspolitik – zugunsten des Sozialstaates und der individuellen Löhne – die Nachfragelücke zu schließen und Vollbeschäftigung zu gewährleisten hat (der Weg zur Vollbeschäftigung verlangt überdies Budgetdefizite), dann kann eine Situation eintreten, in der der Gewinn, der bei hinreichender Nachfrage zugestanden werden kann, für eine angemessene Profitrate nicht mehr ausreicht. Große Wirtschaftsbereiche können nun nicht mehr privatwirtschaftlich betrieben werden. Soll demnach das politische Projekt des Sozialstaates konsequent weiter verfolgt werden, so werden Nationalisierungen ganzer Wirtschaftszweige erforderlich. In jedem Fall aber kann es keinen Sozialstaat ohne einen großen öffentlichen Sektor geben. Die Wirtschaftstheorie hatte sich in ihrer Mehr-

heit seit den 1950er Jahren zunächst an solche Perspektiven gewöhnt: Es war selbstverständlich, vom modernen Kapitalismus als einem gemischtwirtschaftlichen System zu reden.

Aber nicht nur der Sozialstaat der Industrieländer war eine Bedrohung der kapitalistischen Idee, auch sein Pendant, der Entwicklungsstaat der Entwicklungsländer musste Anlass zu großer Sorge sein: Dieser ist entstanden, weil sich unter der Herrschaft der Kolonialherren keine Industriebourgeoisie und erst recht keine anderen gesellschaftlichen Institutionen herausgebildet haben, von denen die Akkumulation hätte organisiert werden können. Folglich hat der neue Staat, oft in Zusammenarbeit mit einer aufkeimenden Industriebourgeoisie, diese Aufgabe übernommen. All dies hat Ähnlichkeiten mit der Wirtschaftsförderung im europäischen Absolutismus – die Gemeinsamkeit liegt in der Verbindung von nationaler Souveränität und wirtschaftlicher Planung. Im Entwicklungsstaat war das Ergebnis ebenso wie im Sozialstaat ein großer öffentlicher Sektor, wenngleich dieser nicht bei der Überwindung der Nachfragerestriktion entstanden ist, sondern um die Kapitalrestriktion planvoll zu beseitigen und häufig auch, um durch Nationalisierung über Bodenschätze verfügen zu können. Auch hier wurden, ähnlich wie im Sozialstaat, Aktionsradius und Autonomie der Unternehmerschaft beträchtlich eingeengt – vorrangig der transnationalen Konzerne, wenn die neuen Staaten eher den Weg einer national-kapitalistischen Entwicklung einschlugen, oder der Unternehmerschaft insgesamt, wenn sie eher ein sozialistisches Projekt verfolgten. Es ist einleuchtend, dass vom Standpunkt der Unternehmen der Industrieländer Sozial- und Entwicklungsstaat gleichermaßen gefährlich waren: Beiden war der Garaus zu machen.

Dies gelingt zunehmend – oder sollte realistischerweise gesagt werden, der Prozess ist im Grunde abgeschlossen? Der Neoliberalismus als Idee war hierbei nicht das auslösende Moment, vielmehr sind der sozialstaatliche Reformismus und der Entwicklungsstaat aus Gründen, die in ihrer Funktionsweise angelegt waren, in eine prekäre Lage gekommen, in eine Krise, die sie nicht lösen konnten. Hierzu fehlte es an Konsequenz und politischer Kraft. Beides hat damit zu tun, dass sie mehr Kompromiss und Prozess waren und weniger konsolidierte Systeme. Der Sozialstaat ist an seinem Unvermögen gescheitert, die Verteilungspolitik auch dann durchzuhalten, als die Unternehmen aufgrund der günstigen Auftragslage – dies war das zwingende Ergebnis der Nachfragepolitik – zu Ende der 1960er Jahre begannen, die Preise zu erhöhen. Sie konnten sich so der Einkommenspolitik entziehen. Der nächste, notwendige Schritt wäre eine weitere Beschränkung ihrer Autonomie gewesen, nun im Bereich der Preisbildung. Dem Entwicklungsstaat ist schließlich seine Auslandsverschuldung zum Verhängnis geworden. Nicht zuletzt haben die niedrigen, oft negativen Realzinsen der 1970er Jahre die Entwicklungs-

länder zu einer umfangreichen Kreditaufnahme ermutigt. Dies sollte den Sprung nach vorne ermöglichen. In den 1980er Jahren wurden diese Länder zahlungsunfähig, weil die Politik extrem hoher Zinsen in den USA ab 1979 nicht selten die Zinslast in kurzer Frist verdreifachte. Gleichzeitig setzte ein weltweiter Konjunkturabschwung ein, was die Deviseneinnahmen aus Exporten erheblich verminderte. In der Folge haben die vom Internationalen Währungsfonds geführten Gläubiger das Ende der geld- und wirtschaftspolitischen Souveränität der Schuldnerländer durchgesetzt. Ein Schuldenboykott wäre eine mögliche Alternative gewesen, aber für die kapitalistische Oberschicht dieser Länder schien es vielfach zweckmäßig, Macht und Reichtum in Koalition mit den Gläubigern zu sichern, als sich auf eine Koalition mit dem eigenen Volk einzulassen, um einen Schuldenboykott durchzuhalten (Schui 1988). Die Öffnung der Märkte, der freie Kapitalverkehr, die Budgetauflagen, der Verkauf der Staatsunternehmen an ausländische Konzerne, all dies hat jede unabhängige Planung mittlerweile so gut wie unmöglich gemacht. Dieser Prozess lässt sich als Beginn der Globalisierung verstehen. Sie hat eine Reihe von internationalen Oktrois und Abkommen zur Grundlage, die das Ziel haben, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu verdichten. Diese tragen viel dazu bei, selbst den Gedanken an eine Renaissance des Entwicklungs- oder Sozialstaates im Keim zu ersticken. Ob es sich nun um die Bewältigung der Schuldenkrise, um die Dämpfung der Inflationsraten in den Industrie- oder in den Entwicklungsländern oder um die Wachstumsschwäche in den Industrieländern handelt: extern inszenierte Militärputschs, die Ernüchterung, die Ratlosigkeit, besonders aber die politische Schwäche oder die falsche Orientierung haben die neoliberale Theorie zum vorherrschenden Interpretationsmuster werden lassen.

2. Neoliberalismus als Projekt der Gegenauflklärung

Die Ideologie, die dieses neue Regime rechtfertigt, ist der Neoliberalismus. Seine weltweiten Folgen sind Finanzkrisen, verstärkte Polarisierung von Einkommen und Vermögen, zunehmende Armut sowie eine Unterbrechung, oft auch ein Rückgang der Industrialisierung in den Entwicklungsländern, Nicht-Nutzung wirtschaftlicher Ressourcen dort als auch in den Industrieländern bei sinkendem Lebensstandard. Unter abstrakteren Aspekten ist der Neoliberalismus zu würdigen als ein Ende der Reformierung der Produktionsverhältnisse, als die Entmaterialisierung des Glücksversprechens der Moderne – Neoliberalismus ist das moderne Projekt der Gegenauflklärung.

Wenn der Kapitalismus nicht mehr in der Lage ist, sein Versprechen vom Wohlstand der Nationen einzulösen, dann gilt im Sinne der Aufklärung unverändert (auch wenn der Kapitalismus ihr Abkömmling ist), dass die Menschen das Recht haben, ihre gemeinsame Lage zu bessern, indem sie sich von Traditionen,

Institutionen, Normen und Konventionen befreien, die nicht, oder nicht mehr, vernunftgemäß zu begründen sind: Der Mensch ist nicht nur befähigt, die Naturgesetze zu erkennen und sie sich nutzbar zu machen, er kann auch die sozialen Verhältnisse als allgemein menschliche Verhältnisse zum Nutzen aller rational gestalten (Schröder 1990: 279 f.): »Seit je hat Aufklärung im umfassendsten Sinn fortschreitenden Denkens das Ziel verfolgt, von den Menschen die Furcht zu nehmen und sie als Herren einzusetzen.« (Horkheimer/Adorno 1998: 9) Befreiung von materieller Not, besonders dann, wenn der Produktivkraftstand dies zulässt, gehört ohne jeden Zweifel hierher und damit auch das Ziel der partizipativen Massendemokratie als politischer Mittelpunkt des Projektes vom reformistischen Sozialstaat. Die Moderne müsste also, um an Habermas anzuknüpfen, in diesem Sinne weiter vollendet werden. Oder ist sie verloren zu geben, indem »die kognitiven Potentiale, soweit sie nicht in technischen Fortschritt, ökonomisches Wachstum und rationale Verwaltung einfließen, so eingedämmt (...) werden, dass eine auf erblindete Traditionen verwiesene Lebenspraxis nur ja unberührt bleibt« (Habermas 1992: 42).

Der Neoliberalismus setzt zwar auf diese Eindämmung der kognitiven Potentiale, aber das Ziel ist nicht einfach die Bewahrung »erblindeter Traditionen«, sondern einen uneingeschränkten Kapitalismus zu restaurieren. Dies bringt ihn in einen Gegensatz zum traditionellen Konservativismus: Neoliberalismus ist bereit, alle Traditionen zu zerstören, wenn denn nur der Kapitalismus ungehindert von politischen und ethischen Einreden bleibt. Darin liegt das Umstürzlerische der Ideologie. Sie kann sich modern geben, sie kann alle lieb gewonnenen Traditionen über den Haufen werfen, der Religion und dem Brauchtum den Untergang bereiten, aber sie kann auch Elemente hiervon als ideologische Klebmasse nutzen, wenn damit die Autonomie der Kapitalisten bejaht wird oder wenn sie als Refugium dienen könnte, in das die Menschen einen Teil ihrer privaten Existenz verlagern. Tatsächlich aber wird das Umstürzlerische überwiegen, teils, weil die materiellen Verhältnisse, die der neue unbeschränkte Kapitalismus schafft, die Orte idyllischer Zuflucht beseitigen, teils auch, weil solche Sphären nicht in Einklang sind mit einer kapitalistischen Sozialisation. Denn schließlich ist es eine Eigenheit des Kapitalismus, dass »kein anderes Band zwischen Menschen übrig gelassen wird als nacktes Interesse und bare Zahlung. Fromme Schwärmerei und spießbürgerliche Wehmut sind im eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt; die persönliche Würde ist im Tauschwert aufgelöst« (Marx MEW 4: 464 f.).

Es lässt sich sagen, dass mit dem Neoliberalismus der Kapitalismus seiner ideologischen Vollendung entgegenstrebt – darin liegt aber auch seine Gefährdung: Kann der Kapitalismus als reine Marktgesellschaft überleben? Oder benötigt er den Staat, seinen Staat wenigstens als geschäftsführender Ausschuss, der mehr

tut, als die vielgenannten Rahmenbedingungen wie Privateigentum, Vertragsfreiheit und Vertragsvollstreckung, Wettbewerb und freien Marktzutritt und Austritt sicherzustellen? Die neoliberale Theorie eines Hayek, Buchanan und Becker hat keine positiven praktischen Anweisungen formuliert. Sie hat sich in eine Art destruktiven Rausch gesteigert, in eine Euphorie, die einem unbeteiligten Betrachter objektiv unbegründet erscheint, die sich subjektiv äußert in heiterer Gemütsverfassung mit allgemeiner Hochstimmung, gesteigertem Lebensgefühl, optimistischer Zukunftserwartung und verminderten Hemmungen – so die lexikalische Definition von Euphorie. Diese ist – besonders mit ihrem Wesenszug verminderter Hemmungen – ein auffälliger Charakterzug von Politikern, ob sie nun den Neoliberalismus unverblümt oder als Dritten Weg vertreten. In der zweiten Reihe allerdings, dort, wo die ideologischen Leitlinien zu konkreter Politik gemacht werden, gibt es nicht den »schlanken Staat«, der lediglich die Rahmenbedingungen garantiert. Die vielfältigen Regulierungen werden nicht beseitigt, wohl aber verändert, um besser der Maximierung der Rentabilität zu dienen, nicht aber der Praxis des Sozialstaates. Aber die Ideologie verhindert den großen Entwurf, der einem entfesselten Kapitalismus zur Stabilität verhelfen könnte. Darin besteht der Widerspruch: Auch der völlig bereinigte Kapitalismus braucht seinen Staat als Gegenpol. Will er lebensgefährliche Krisen vermeiden, dann reicht ein Flickwerk von vielen Einzelregelungen nicht aus. Der Begriff des organisierten Kapitalismus macht dies deutlich.

3. Die Befreiung der Kapitalisten: die Postulate

Diese allgemeine Charakteristik des Neoliberalismus deutet bereits die logische Struktur des Ensembles seiner zahlreichen Theorien an. Alle Einzelaussagen, so zur Höhe von Output und Beschäftigung, zur Rolle der Demokratie oder zur »wahren« Natur des Menschen lassen sich aus dem einen Ziel der unbeschränkten Autonomie der Kapitalisten deduzieren. Dieses Ziel folgt aus den Erfahrungen, die mit dem Sozialstaat gemacht worden sind. Diese negativen Erfahrungen und Wahrnehmungen werden trotz allen Theoretisierens im Grunde nicht zu einer abstrakten Theorie verdichtet, neoliberale Theorie bleibt der Unmittelbarkeit verhaftet. Andererseits aber muss sie abstrahieren, um das Interesse des einzelnen Kapitalisten an Autonomie als Interesse aller Individuen zu verallgemeinern. Sie muss ein universelles Interesse konstruieren. Dies erfordert eine erweiterte Definition des »Gutes«, gemeinsame praxeologischen Regeln der Gewinn- oder, allgemeiner, der Vorteilsmaximierung für Kapitalisten und Arbeitende und damit die Abstraktion von der jeweiligen Stellung in der Gesellschaft und der Verteilung der gesellschaftlichen Macht.

Der Anspruch auf Universalität neoliberaler Theorie impliziert demnach eine Reihe von Postulaten, die es ermöglichen, die Forderung nach Autonomie für die Kapitalisten als Forderung nach Autonomie für alle Individuen zu verallgemeinern. Postulat ist hierbei im üblichen Sinn zu verstehen als eine geforderte Voraussetzung für Gedanken oder Handlungen, die abgesehen davon, ob sie beweisbar ist oder nicht, nicht bewiesen wird. Grundlage des Systems neoliberaler Aussagesätze ist der methodische Individualismus – die Einheit der Analyse ist das Individuum. Die Individuen ihrerseits leben und verhalten sich unter der Bedingung der Knappheit von Gütern. Der Begriff des Gutes geht hierbei über das Verständnis der traditionellen Ökonomie hinaus: Er bezieht nicht nur materielle Güter mit ein, sondern alle psychischen, moralischen, geistigen, intellektuellen Eigenschaften von Menschen. Diese Güter erfahren je nach Individuum und je nach der Menge der individuellen Ausstattung mit diesen Gütern unterschiedliche Wertschätzungen. Durch Tausch wird der individuelle Nutzen maximiert. Damit lässt sich alles menschliche Verhalten durch ein umfassendes System relativer Preise oder relativer Nutzen beschreiben. Dass jede Person eine Vielzahl von Gütern (in dieser umfassenden Definition) unter der Bedingung von Knappheit anstrebt, dies durch Tausch zu erreichen versucht, dass die persönlichen Bewertungen von Gütern (die Präferenzen) unterschiedlich sind und dass der Nutzen von Gütern mit steigender Menge sinkt, all dies sind Postulate, die als »Haupteigenschaften der menschlichen Natur« gelten (Alchian/Allen 1969). Diese Postulate haben ihre Grundlage sämtlich in der Neoklassik; das Neue daran ist allerdings die erweiterte Definition von »Gut«, die alles traditionell Außer-Ökonomische einschließt. Dies ist der neoliberale Methodenimperialismus, den Hirshleifer positiv für seine Richtung reklamiert: »(...) economics really does constitute the universal grammar of social science« (Hirshleifer 1985: 53).

Indem die genannten Postulate für alle Menschen Geltung beanspruchen, behaupten sie in dieser Weise die Gleichheit der Menschen. Sie erlauben es, die Gesellschaft als reine Tauschgesellschaft zu denken, als ein Ensemble von paarweisen Tauschbeziehungen, von reziproken Benutzungsverhältnissen. Darin drückt sich ihre Universalität aus. Diese Gesellschaft wird nicht erzwungen. Zwei theoretische Varianten haben sich herausgebildet, um die Abwesenheit von Zwang einleuchtend zu machen. Hayek setzt auf Internalisierung von Zwang, auf ein moralisches Korsett der Gesellschaft, wie er es nennt. Gemeint sind damit nicht polizeistaatliche Vorkehrungen, sondern eine zivilgesellschaftliche Lösung. Hayek schreibt dazu (1971: 176 f.): »Doch daß das Verhalten innerhalb des privaten Bereichs nicht Gegenstand staatlicher Zwangsanwendung sein soll, heißt nicht notwendig, daß in einer freien Gesellschaft ein solches Verhalten auch vom Druck der allgemeinen Meinung oder der Mißbilligung frei sein soll (...). Jedenfalls fördert es die Klarheit,

wenn man den Druck, den die öffentliche Zustimmung oder Ablehnung ausübt, um die Befolgung von Moralregeln und Konventionen zu sichern, nicht Zwang nennt (...). Im großen und ganzen stellen Konventionen und Normen des gesellschaftlichen Verkehrs und des persönlichen Verhaltens keine ernstliche Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit dar, sondern sichern ein gewisses Mindestmaß an Gleichheit des Verhaltens, das die persönlichen Bemühungen sicherlich eher unterstützt als behindert.«

Eine andere Variante findet sich bei den modernen Gesellschaftsvertragstheoretikern, so bei Buchanan (1975). Die Existenz des Staates wird innerhalb eines umfassenden Tauschsystems erklärt: Ein Teil der individuellen Freiheit wird aus wohlverstandenen Eigeninteresse gegen die Garantie des übrigen Teiles der Freiheit eingetauscht. Die Grundlage ist Hobbes' *contractarianism*: Das einzige, was zählt und bewertet werden kann, ist, was eine Person wünscht oder vorzieht, nicht aber, was sie wünschen oder vorziehen sollte. Rationale Handlungen sind solche, die die Verwirklichung dieser Wünsche und Vorlieben bewirken. Einzig diese Handlungen sind moralisch. Das gesellschaftliche Vorhandensein dieser Moral und Rationalität impliziert Gegenseitigkeit. Damit ist der freiwillige Tausch begründet. Er ermöglicht, auf der Basis einer gegebenen persönlichen Ausstattung, so das Arbeitsvermögen, Präferenzen zu realisieren. Eine funktionsfähige, friedliche Gesellschaft kann sich dann herausbilden, wenn jede Person kooperationsbereit ist und Kooperation erwartet, also nicht durch Aggression in die persönliche Ausstattung des anderen, das heißt dessen persönliches Eigentum eingreift. Ob dies so ist, ist wiederum eine Frage der Rationalität: Die Furcht, Objekt einer Aggression zu werden, muss sie davon abhalten, selbst aggressiv zu handeln. Dies ist, das ist für die weiteren Überlegungen festzuhalten, dann um so wahrscheinlicher, je mehr alle rationalerweise erwarten können, durch Tausch ihre Lage zu verbessern. Bei gleichverteiltem Eigentum ist dies eher wahrscheinlich, weniger dagegen, wenn Personen kein Eigentum zu verlieren haben oder vom Tausch ausgeschlossen sind.

Diese Harmonie setzt voraus, dass alle in die Tauschgesellschaft aufgenommen sind. Dies bedeutet, sie müssen eine ökonomische Ausstattung (in der umfassenden Definition des Neoliberalismus) haben als Voraussetzung für den Tausch, und es muss ihnen möglich sein, auf der Grundlage ihrer Ausstattung das Fehlende einzutauschen, ihren Lebensunterhalt zu finden. Auch wenn Hayek nicht zu den neoliberalen Gesellschaftsvertragstheoretikern zählt, sein Begriff der »Katallaxie« beziehungsweise die Verbform »katallaktein« beschreiben mit ihren beiden Bedeutungen »Handel treiben« und »in die Gesellschaft aufnehmen« die Existenzbedingung für diese Tauschgesellschaft. Denn wenn es einigen verwehrt ist, Handel zu treiben, dann ist diese Gesellschaft nicht universell. Dies steht ihrer Stabilität ent-

gegen. Denn besonders, wenn Menschen nur mit der Befähigung zur Arbeit (dem Humankapital) ausgestattet sind, kann die Möglichkeit zum Tausch fehlen. Dies ist einleuchtenderweise für den ganzen Entwurf entscheidend. Entsprechend entwickeln Arbeitsmarkttheorien, zunächst auf die Neoklassik gestützt, Vorstellungen, wonach es auf einem unregulierten Arbeitsmarkt keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit geben könne. Weiterführende Theorien stellen dar, dass es in der Natur des Arbeitsmarktes liegt, nicht zu markträumenden Preisen kommen zu können. Aber schließlich muss alle Theoriebildung darauf hinauslaufen, dass es trotz einiger besonderer Details keinen systematischen Ausschluss vom Markt für bestimmte Gruppen geben könne. Denn dann könnte neoliberale Theorie nicht von sich behaupten, universell zu sein. Sie würde sich als das dekuivieren, was sie ist: Theorie im Interesse einzig der Unternehmerschaft.

3. Das Politische als Vorstufe zur Unfreiheit

Bislang hat das Ziel, die Autonomie der Kapitalisten herzustellen, in der neoliberalen Theoriebildung zu den folgenden Schritten geführt: Die Autonomie des Kapitalisten war als Autonomie des Individuums zu verallgemeinern. Diese Verallgemeinerung impliziert auch, dass für alle Individuen und überdies für alles menschliche Verhalten dieselben Kalküle postuliert werden. (Die Neoliberalen selbst nennen dies Methodenimperialismus.) Das Ergebnis ist die Konstruktion einer reinen Tauschgesellschaft, die alle Individuen umfassen soll. Diese Fiktion bietet zunächst den bedeutenden ideologischen Vorteil, dass alles eigentlich Politische eliminiert ist: Es existieren nur individuelle Präferenzen, die sich einzig im Tausch realisieren. Die Existenz einer sozialen Präferenz wird verneint. Dies ist bekanntlich mehr als eine rein modelltechnische Frage. Denn eine soziale Präferenz bedeutet ja, dass große Menschengruppen in ihrem wohlverstandenen Interesse eine einheitliche Präferenz haben. Klasseninteresse auf der Grundlage von Klassenbewusstsein ist eine solche soziale Präferenz: Die Klasse zielt darauf ab, durch kollektive Willensbildung und politische Aktion ihre Lage für zu verbessern. Partizipative Massendemokratie oder Gewerkschaften sind bekanntlich wesentliche Einrichtungen, die einer sozialen Präferenz, so der Forderung nach dem Sozialstaat, zur Geltung verhelfen können. Eine reine Tauschgesellschaft hat hierfür keine Institutionen.

Es ist daher nur logisch, wenn der Neoliberalismus neben der positiven Fiktion der reinen Tauschgesellschaft – negativ – versucht nachzuweisen, dass eine demokratische Willensbildungen unmöglich sei. Hierfür steht die Theorie der kollektiven Entscheidungen beziehungsweise weite Facetten der Neuen Politischen Ökonomie. Stichworte sind in diesem Zusammenhang das Wahlparadox (Arrow 1963), nach dem die Ergebnisse von Wahlen nicht widerspruchsfrei sein können,

oder Hayeks Vorstellung von der Mehrheit, die nur durch Unterstützung der »Schlechtesten« zustande komme (Hayek 1971: 166). Weiter seien die Machtmittel des Staates auf die genannten Garantien (Privateigentum usw.) zu begrenzen, weil sie sonst von einer tyrannischen Bürokratie usurpiert oder die Beute wohlorganisierter Interessen, besonders der Gewerkschaften, würden. Damit wird behauptet, dass alle bisherigen Verfahren der kollektiven Willensbildung unbrauchbar seien.

Wenn das Politische also nicht halten kann, was es verspricht, dann ist Marktversagen, das ja die Neoklassik durchaus eingeräumt hat und das für sie die theoretische Begründung des Staates als eines Residuums war, anders zu bewerten: Der Markt mag versagen, aber die Politik versagt um so mehr. Folglich heißen die Kampfpaparen des Neoliberalismus Staatsversagen und Demokratieversagen. Die Lösung kann nur eine Gesellschaft sein, die auf bewusste, kollektive Willensbildung und Entscheidung verzichtet, und die sich statt dessen auf der Grundlage von individuellen Präferenzen konstituiert, die auf dem Markt durch den Wettbewerb zu einem Ergebnis zusammengeführt werden. Damit ist die Marktwirtschaft die beste, die am meisten entwickelte Form der Demokratie. Denn hier bestimmt nicht einfach der Wille der Mehrheit, vielmehr werde jede individuelle Präferenz berücksichtigt und geht in das Gesamtergebnis ein. Diese Mechanik der Freiheit kann allenfalls auf den ersten Blick faszinieren: Denn wenn Beschäftigung und Output nur maximiert werden können, indem ganze ökonomische Aggregate, das Konsumieren, das Investieren durch Verteilungs- und Geldpolitik aufeinander abgestimmt werden, dann greifen individuelle Aktionen und Präferenzen zu kurz. Dann schafft erst die politische Aktion die Voraussetzungen dafür, dass individuelle Präferenzen mit einer größeren Wahrscheinlichkeit verwirklicht werden. (Die Vorliebe, nicht arbeitslos zu sein, hat – in einem keynesianischen Sinn argumentiert – eine höhere Chance realisiert zu werden, wenn die effektive Nachfrage dies zulässt.) Mit anderen Worten: Die Reichweite individueller Anstrengungen ist zu begrenzt, um die Wahrscheinlichkeit der Verwirklichung der individuellen Präferenzen zu maximieren.

Die Neoklassik war ehrlich genug, diese Frage offen anzugehen. Für sie war eindeutig, dass bei freiem Wettbewerb und offenen Märkten die Allokationseffizienz maximiert würde und damit Beschäftigung und Output angesichts der vorhandenen wirtschaftlichen Ressourcen einen Höchststand erreichen könnten. Indem ein solches Ergebnis in Aussicht gestellt wurde, war ein Kriterium formuliert, diese Theorie zu falsifizieren. (Neoklassische Politik hat sich bei Verfehlen dieses Zieles allerdings stets darauf verlegt, die Ursachen in unvollkommenem Wettbewerb und unfreien Märkten zu suchen.) Ein weiterer Aspekt der Neoklassik sollte nicht unerwähnt bleiben: Um die Logik der Theorie zu erhalten, waren zunächst

all die Versorgungsbereiche auszugliedern, die auf Güter angewiesen waren, für die das Ausschlussprinzip nicht durchzusetzen war. Diese mussten öffentliche Güter sein, die vom Staat unentgeltlich bereit gestellt wurden. Dies begründete den Residualcharakter des Staates. Aber damit war auch der Weg frei, meritorische Güter zu definieren, die zwar Gegenstand des Ausschlussprinzips sein konnten, es aber aus politischen Gründen nicht sein sollten. (Die unentgeltliche Schule ist hier das prominenteste Beispiel, oder auch die medizinische Grundversorgung.) Dies räumt dem Politischen Platz ein, denn nun war festzulegen, was alles meritorische Güter sein sollten und wer sie zu finanzieren hatte.

4. Kapitalismus ohne Wohlfahrtszweck: der Evolution dienen

Mit all dem hat der Neoliberalismus aufgeräumt. Weder sind im Sinne von Keynes die ökonomischen Aggregate politisch aufeinander abzustimmen, noch soll es ein materielles Kriterium im Sinne der Neoklassik geben, um die Gültigkeit der Theorie zu überprüfen: Die Triftigkeit des neoliberalen Entwurfes soll nicht an materiellen Ergebnissen, an allgemeiner Wohlfahrt, bestmöglicher Nutzung der wirtschaftlichen Ressourcen gemessen werden. Ein materielles Glücksversprechen soll diese Moderne nicht haben. Zweck des Kapitalismus ist nicht die Vermehrung des Wohlstands, dieser ist vielmehr Dreingabe. Denn die Beschränkung der Staatsgewalt in England, so Hayek, habe sich historisch »aus purem Misstrauen gegen die Herrscher« ergeben. Im nachhinein habe man beobachtet, dass die größeren politischen Freiheiten eine »vorher nicht da gewesene materielle Blüte« hervorgebracht hätten (Hayek 1969: 109). Kapitalismus ist also nicht eine zweckrationale Ordnung zur Steigerung des Wohlstands, kein bewusster Entwurf mit einem definieren Zweck. Vielmehr ist Kapitalismus Ergebnis von Evolution – niemand hat ihn ausdrücklich gewollt, er ist entstanden als ein offenes, vorher nicht bestimmtes Ergebnis individueller Handlungen bei der Verfolgung individueller Präferenzen. Politische Aktion auf der Grundlage eines gesellschaftlichen Entwurfes (damit kann ein sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaat ebenso gemeint sein wie eine sozialistische Gesellschaftsordnung als Ziel einer Revolution) ist stets der »Weg zur Knechtschaft« (Hayek 1991). Denn der Rationalismus und Konstruktivismus der europäischen Aufklärung zielen im Rahmen eines gesellschaftlichen Entwurfes darauf ab, »die Kräfte der Gesellschaft in derselben Weise zu beherrschen, wie dies bei der Beherrschung der Kräfte der Natur gelungen ist. (...). Dieser Weg führt nicht nur zum Totalitarismus, sondern auch zur Vernichtung unserer Kultur und mit Sicherheit zur Verhinderung des Fortschritts in der Zukunft« (Hayek 1991: 254).

Es ist die Evolution, der wir uns anvertrauen müssen – sagt uns der Neoliberalismus. Denn alle Entwürfe laufen, indem sie durchgesetzt werden, auf Zwang

hinaus: der Mehrheit gegenüber den bei der Abstimmung Unterlegenen, der Revolutionäre gegenüber den Repräsentanten der alten Ordnung. Dieser politische Zwang aber könne Freiheit nicht begründen. Welche Freiheit ist gemeint? Nicht Freiheit von materieller Not als positive Freiheit, jedenfalls dann nicht, wenn sie mehr erfordert als individuelle Bemühungen, wenn ihre Voraussetzungen durch kollektive, bewusste politische Aktion herbeigeführt werden müssen. Demnach muss alles bei der Verwirklichung negativer Freiheit stehen bleiben. Sie allein ist mit unbeschränkter unternehmerischer Autonomie vereinbar. Dass auch jemand, der in äußerster materieller Not geraten ist, frei ist, lässt sich mit Hayek illustrieren: »Auch wenn ihn selbst ein beliebiges Individuum, H.S. und vielleicht seine Familie die Gefahr des Hungers bedroht und ihn zwingt, eine ihm widerwärtige Beschäftigung für einen sehr geringen Lohn anzunehmen und er der Gnade des einzigen Menschen ausgeliefert ist, der bereit ist, ihn zu beschäftigen, so ist er doch weder von diesem noch von irgend jemand anderem in unserem Sinne gezwungen. Solange die Handlung, die seine Schwierigkeiten verursacht hat, nicht bezweckte, ihn zu bestimmten Handlungen und Unterlassungen zu zwingen, solange die Absicht der Handlung, die ihn schädigt, nicht die ist, ihn in den Dienst der Ziele eines anderen zu stellen, ist ihre Wirkung auf seine Freiheit keine andere als die einer Naturkatastrophe – eines Feuers oder einer Überschwemmung, die sein Heim zerstört, oder eines Unfalles, die seine Gesundheit schädigt.« (Hayek 1971: 166) Doch nicht nur ist dieser Mensch frei: Die Verhältnisse, in denen er lebt, sind gerecht. Hierbei kann es sich nicht um soziale Gerechtigkeit handeln, denn diese ist eine Norm, die – gegebenenfalls von einer Mehrheit gesetzt – die Verwirklichung der individuellen Präferenzen einer Minderheit beschränken würde. Denn »(t)atsächlich ist es eines der Hauptziele des Liberalismus, die ethischen Probleme dem Individuum zu überlassen, damit es mit diesen Problemen allein fertig werden kann« (Hayek 1988: 33). Gerechtigkeit existiert daher nur in der Form »prozeduraler Gerechtigkeit« (Nozick 1976), das heißt unter gegebener Ausstattung der Individuen und mit dem besonderen Freiheitsbegriff, kann sich Gerechtigkeit nur noch auf den Tauschvorgang beziehen. Ganz im Sinne des contractarianism ist diese Prozedur dann gerecht, wenn niemand beim Tausch (etwa durch Zwang) Nutzen einbüßt, sondern wenn beide Tauschpartner Nutzen dazu gewinnen. Massenarbeitslosigkeit, miserable Arbeitsbedingungen oder niedrige Löhne sind offenbar mit diesem Verständnis von Freiheit und Gerechtigkeit vereinbar.

Wenn sich die Menschen in diese Verhältnisse ohne Aufbegehren einfügen, wenn ihre Persönlichkeit sich in allen Facetten ihres Lebens als wirtschaftliche Rechenhaftigkeit darstellt, dann ist dies »Demut vor den unpersönlichen und anonymen sozialen Prozessen (...), durch welche die einzelnen mithelfen, Dinge zu schaffen, die größer sind als sie selbst wissen« (Hayek 1948: 25). Denn »(g)erade

dadurch, daß die Menschen sich früher den unpersönlichen Kräften des Marktes unterworfen haben, ist die Entwicklung der Kultur möglich gewesen (...). Der springende Punkt ist, daß es unendlich viel schwerer ist, logisch zu erfassen, warum wir uns Kräften, deren Wirkungen wir nicht im einzelnen verfolgen können, unterwerfen müssen, als dies zu tun aus demütiger Ehrfurcht, die die Religion oder auch nur die Achtung vor den Lehren der Nationalökonomie einflößt« (Hayek 1991: 254). Demut und Ehrfurcht also, um kulturelle Evolution, das Überleben der Menschheit zu ermöglichen. Aber abgesehen von diesem idealistischen Ziel ist das neoliberale System objektiv auf diese beiden Charaktereigenschaften angewiesen: Wie anders als in diesem Glauben ließe sich Unterentwicklung und Armut weltweit ertragen?

Die intellektuelle und politische Herausforderung der Gegenwart ist, wie der äußerst entwickelte Stand der Produktivkraft für allgemeine Wohlfahrt genutzt werden kann. Neoliberale Theorie kann außer der Forderung, in die Evolution zu vertrauen, hierzu nichts beitragen. Dass sie in letzter Konsequenz bei dieser Irrationalität Zuflucht suchen muss, liegt am Zweck der Theorie: der Forderung nach Autonomie der Kapitalisten.

Literatur

- Alchian, Armen A., William R. Allen. 1969. *Production and Exchange. Theory in Use*. Belmont, California: Wadsworth Publishing Co.
- Arrow, Kenneth J. 1963. *Social Choice and Individual Values*. New York: Wiley.
- Buchanan, James. 1975. *The Limits of Liberty. Anarchy and Leviathan*. Chicago: University of Chicago Press.
- Habermas, Jürgen. 1992. *Die Moderne – ein unvollendetes Projekt*. In: Die Moderne – ein unvollendetes Projekt. Philosophisch-politische Aufsätze 1977-1992, Hg. Jürgen Habermas, Leipzig: Reclam-Verlag, 32-54.
- Hayek, Friedrich August von. 1948. »Falscher und wahrer Individualismus.« *ORDO-Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Politik*, Band I.
- Hayek, Friedrich August von. 1969. *Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung*. In: Gesammelte Aufsätze von F.A. von Hayek, Hg. Viktor Vanberg, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Hayek, Friedrich August von. 1971. *Die Verfassung der Freiheit*. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Hayek, Friedrich August von. 1988. *The fatal Conceit. The Errors of Socialism*. Collected Works, Vol. 1, Hg. W.W. Bartley, London: Routledge.
- Hayek, Friedrich August von. 1991. *Der Weg zur Knechtschaft*. München: Verlag Moderne Industrie.
- Hirshleifer, Jack. 1985. »The Expanding Domain of Economics«. *The American Economic Review*, Vol. 75, Nr. 6. (December 1985), 53-68.

- Horkheimer, Max, Theodor W. Adorno. 1998. *Dialektik der Aufklärung*. Frankfurt/M.: Fischer-Verlag.
- Kalecki, Michal. 1993. *The Difference between Crucial Economic Problems of Developed and Underdeveloped Non-Socialist Economies*. In: Collected Works of Michal Kalecki, Vol. V, Developing Countries, Hg. Jerzy Osiatynsky, Oxford: Clarendon Press.
- Keynes, John Maynard. 1955. *Die allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*. Berlin: Duncker und Humblot.
- Keynes, John Maynard. 1973. *The General Theory of Employment*. In: The Collected Writings of John Maynard Keynes, Vol. XIV, The General Theory and after, Hg. Donald Moggridge, London und Basingstoke: Macmillan St. Martins Press.
- Marx, Karl. 1974. *Manifest der kommunistischen Partei*. Marx Engels Werke Bd. 4. Berlin: Dietz Verlag.
- Marx, Karl. 1983. *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Marx Engels Werke Bd. 25. Berlin: Dietz Verlag.
- Nozick, Robert. 1976. *Anarchie, Staat und Utopie*. München: Verlag Moderne Industrie
- Robinson, Joan. 1975. *Rosa Luxemburg's Accumulation of Capital*. In: Joan Robinson, Collected Economic Papers, Vol. III, Oxford: Basil Blackwell.
- Schui, Herbert. 1988. *Die Schuldenfalle. Schuldenkrise und Dritte-Welt-Politik der USA*. Köln: Pahl-Rugenstein.
- Schui, Herbert, Stephanie Blankenburg. 2002. *Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis*. Hamburg: VSA.
- Schröder, Winfried. 1990. *Aufklärung*. In: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Hg. H.J. Sandkühner, Hamburg: Felix Meiner Verlag.

Abstracts

In the context of a introductive analysis of the developmental stages of capitalism the author explains the theoretical and political meaning of underconsumption. He points out that external factors and the functioning of the both the social state and the developmental state worked together to create a precarious situation that could not be solved by the way these state forms functioned. Hence neoliberalism and the correspondent distribution policy was established as a leading developmental ideology in opposition to keynesianism. The author describes the main postulates of its scientific and social programme such as the theory of collective decision finding, the construction of a barter society and the methodological individualism in which the individual is seen as the most important base of reference of society. The author concludes that neo-liberal theories and social policy aim at establishing the autonomy of the capitalist class and therefore release capitalism from the obligation of creating general welfare.

Im Rahmen einer einleitenden Ausführung über die Entwicklungsstapen des Kapitalismus erläutert der Autor die theoretische und politische Bedeutung von Unterkonsumtion. So wird herausgearbeitet, dass der sozialstaatliche Reformismus und der Entwicklungsstaat aus Gründen, die in ihrer Funktionsweise angelegt waren, sowie aus externen Gründen in eine prekäre Lage gekommen sind, die sie nicht lösen konnten. Mit der Aufgabe einer entsprechenden Verteilungspolitik als politische Lösung wurde die Gegenposition zur keynesianischen Theorie, der Neoliberalismus, zum vorherrschenden Interpretationsmuster. Der Autor beschreibt in der Folge die zentralen Postulate seiner wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Programmatik, wie die Theorie der kollektiven Entscheidungen, die Konstruktion einer reinen Tauschgesellschaft und den methodischen Individualismus, der im Individuum die primäre Bezugsgröße von Gesellschaftlichkeit findet. Neoliberale Theorie und Gesellschaftspolitik, so die Schlussfolgerung des Autors, hat damit zum Ziel, die Autonomie der Kapitalisten herzustellen und entbindet den Kapitalismus von der Verpflichtung, allgemeine Wohlfahrt zu gewährleisten.

Herbert Schui
Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik
Von-Melle-Park 9
D-20146 Hamburg
E-mail: SchuiH@hwp-hamburg.de